

zfsö

ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALÖKONOMIE

- Christoph Deutschmann **3** Die Herrschaft der Rentiers – Finanzmarktkapitalismus und politische Demokratie
- Eva-Maria Hubert **11** Zinsfunktionen und das Problem doppelter Inkonsistenz
- Niko Paech **28** Postwachstumsökonomie – ein Vademecum
- Krister Volkmann **32** Solidarische Ökonomie im Spannungsfeld von Regionalität und Globalität
- Sigrun Preissing **38** Tabu – Das Muschelgeld der Tolai in Papua-Neuguinea
- Norbert Mundl **41** Erbbaurecht in Istanbuls Gecekondular – Eine mögliche Lösung der illegalen Siedlungsproblematik
- Fabian Thiel **48** Asiatisches Landmanagement zwischen Pol Pot und Doi Moi
- 59** Bücher – Veranstaltungen

Die Herrschaft der Rentiers – Finanzmarktkapitalismus und politische Demokratie *

Christoph Deutschmann

In meinem Beitrag soll es um die Auswirkungen der Globalisierung der Finanzmärkte auf die Institutionen der parlamentarischen Demokratie gehen. Die Demokratie ist nicht ein x-beliebiges Thema. Sie ist bekanntlich ein zentrales Ordnungs- und Legitimitätsprinzip westlicher Gesellschaften und ein leitendes Ziel ihrer internationalen Politik. Bis in die jüngste Vergangenheit hat man damit bekanntlich sogar Angriffskriege wie den Irak-Krieg gerechtfertigt. Wenn die internationalen Finanzmärkte, wie der frühere Bundesbankpräsident Tietmeyer einmal gesagt hat, heute zur „vierten Gewalt“ im Staate geworden sind und der Einfluss der Finanzmärkte in Politik und Gesellschaft immer stärker spürbar wird**, dann sind das Entwicklungen mit offensichtlich weitreichenden ordnungspolitischen Konsequenzen, die einer gründlichen Diskussion bedürfen.

Ich will mich zunächst einer sozialen Figur zuwenden, der nach meiner Überzeugung eine Schlüsselrolle im Prozess der Globalisierung der Kapitalmärkte zukommt: dem Vermögensrentier. Ich meine damit die Eigentümer von Finanzvermögen, also Personen, die Aktien, Fondsanteile, Staatsobligationen und andere Wertpapiere besitzen. Meist kommen auch noch Vermögensbestände in anderer Form, insbesondere Immobilien, hinzu. Je nach Höhe der Vermögensbestände und der Art der Anlage fließt den Rentiers ein mehr oder weniger regelmäßiges, ohne Arbeit erworbenes Einkommen in Form von Zinsen und Dividenden zu. Dazu kommen zusätzliche potentielle Einkommen in Form von Kursgewinnen, denen

aber auch potentielle Verluste durch Kursrückgänge gegenüberstehen. In Deutschland beliefen sich die Geldvermögen der privaten Haushalte laut Angaben der Deutschen Bundesbank im Jahr 2006 auf rund 4,5 Billionen Euro (brutto) bzw. 2,9 Billionen Euro (netto). Setzt man die jährliche Verzinsung mit rund 5 Prozent an, so fließt allein aus den Finanzvermögen ein jährliches Einkommen von 225 Mrd. Euro.

Wer sind die Vermögensrentiers? Die reichsten von ihnen sind inzwischen durch die Medien fast allgemein bekannt, z.B. Warren Buffet in den USA, in Deutschland die Gebrüder Albrecht, Susanne Klatten (die Tochter von Herbert und Susanne Quandt), Reinhard Mohn usw.. Aber es wäre falsch, die Vermögensrentiers nur mit einer kleinen Gruppe von Superreichen gleichzusetzen. Von der Zahl her, wenn auch nicht dem Volumen der Vermögen nach besteht die Mehrheit der Vermögensrentiers aus Angehörigen der oberen Mittelschichten. Nach den Erhebungen des Deutschen Aktieninstituts gibt heute in Deutschland rund 10,5 Millionen Besitzer von Aktien, Investmentfondsanteilen und anderen Wertpapieren. Wir haben es mit höheren Beamten und Angestellten zu tun, mit Freiberuflern und erfolgreichen Selbständigen in qualifizierten Dienstleistungsberufen. Die meisten von ihnen haben eine akademische Ausbildung absolviert, und die höheren Altersgruppen sind überrepräsentiert. Das Spiel mit dem schnellen Geld ist aber auch bei jüngeren Aufsteigern geradezu zu einem Modetrend geworden (Birenheide et al 2005) – jedenfalls bis zu der jüngsten Finanzkrise.

Dem zweiten Reichtums- und Armutsbericht der Bundesregierung zufolge befanden sich im Jahr 2003 46,8 Prozent der Nettovermögen in Deutschland im Besitz der reichsten 10 Prozent

*) Aktualisierte Version eines Vortrags, der im Mai 2006 an der Universität Oldenburg gehalten wurde.

***) Ein Redakteur der FAZ, Rainer Hank, hat den Gedanken in die Debatte geworfen, dass man das politische Wahlrecht wieder an Vermögensbesitz und Steuerkraft binden könnte (vgl. R. Hank: Das Geld anderer Leute, www.online-merkur.de, 31.12.05)

der Haushalte (im Mittel besaßen diese Haushalte ein Vermögen von fast 475.000 Euro). Fast die gesamten Nettovermögen (96 Prozent) befanden sich im Besitz der reicheren Hälfte der Haushalte; anders herum ausgedrückt: die ärmeren 50 Prozent der Haushalte haben fast gar nichts. Bei der großen Mehrheit der Vermögensrentiers reicht es zwar nicht, um allein von den Vermögenseinkommen, d.h. ohne zusätzliche Erwerbsarbeit leben zu können, zumindest standesgemäß leben zu können. Aber oft kommt ein beachtliches Zubrot heraus, vor allem wenn man an die Möglichkeiten denkt, die Vermögen am Fiskus vorbei in die Häfen einer der bekannten Steueroasen (Luxemburg, Schweiz, Liechtenstein bis zu den Cayman-Inseln) einzubringen. Gerade in Deutschland ist (neben Fußball) kein Sport beliebter als der: Wie spare ich Steuern? Showbusiness, Sportstars, wohlhabende Mittelständler und Freiberufler lassen sich in Scharen in der Schweiz nieder, um ihr Geld am deutschen Fiskus vorbeizuschleusen. Als sogenannte „Pauschalisten“ müssen sie dort nur einen kleinen Teil ihres Einkommens im Umfang ihrer selbstdeklarierten Lebenshaltung versteuern. Eine ganze Armada von Steuerberatern lebt davon, ihre Kunden mit solchen Tricks vertraut zu machen.

Wir haben es bei den Vermögensrentiers mit einer Gruppe von Gewinnern zu tun. Sie gehören jenen akademischen Dienstleistungsschichten an, die von der Prosperität des Kapitalismus während der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts am meisten profitiert haben (Geißler 2006). Der Aufbau von Vermögen braucht Zeit, und genau diese Zeit stand diesen sozial Erfolgreichen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts – anders als in der ersten Hälfte mit den beiden Weltkriegen und der damit verbundenen Vermögensvernichtung – reichlich zur Verfügung. Es ist ein langfristiges und kontinuierliches Wachstum der Vermögensbestände und Vermögenseinkommen festzustellen und dieses Wachstum übertraf das der Arbeitseinkommen bei weitem. Zwischen 1960 und 1990 sind die privaten Finanzvermögen etwa doppelt so stark wie das Volkseinkommen gewachsen (Stein 2004). Von 1990 bis 2005 hat sich diese überproportionale Steige-

rung der Vermögen trotz des Börsenkrachs nach der Jahrtausendwende in nur leicht verringertem Ausmaß fortgesetzt, wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht vom Juni 2005 festgestellt hat. Ähnliche Tendenzen lassen sich in den meisten OECD-Ländern nachweisen (Sassen 2005). Den Besitzern der Vermögen fließt ein zusätzliches Einkommen in Form von Zinsen quasi automatisch zu. Trotz der ständig wachsenden Belastung der gesamten Gesellschaft durch Zinskosten scheint die Legitimität von Vermögenseinkommen – im Gegensatz zur Höhe von Löhnen, Gehältern, Steuern, Sozialabgaben – jenseits jeder Diskussion zu stehen. Nach wie vor besteht im Vermögensbesitz in Deutschland ein starkes West-Ost-Gefälle. Die Schicht der Vermögensrentiers, von der ich spreche, ist vor allem ein westdeutsches Phänomen. In Ostdeutschland ist die Rentierschicht aus einleuchtenden Gründen viel kleiner und der Umfang der Vermögen geringer. Auch dort gibt es natürlich Personen, die nach der Wende zu Geld gekommen sind, aber ihnen stand zum Aufbau ihrer Vermögen viel weniger Zeit zur Verfügung. Darin liegt bis heute einer der vielleicht wichtigsten, sich nur langsam verringern den sozialstrukturellen Unterschiede zwischen Ost und West.

Welches sind nun die politischen Folgen des Aufstiegs der Rentierschicht? Es gibt das populäre Vorurteil, dass Vermögensbesitz politische Macht bedeutet, z.B. weil man sich als Vermöglicher die Stimmen von Wählern oder Abgeordneten kaufen kann, weil man vielleicht auch ganze Parteien finanzieren und kaufen kann, oder schlicht schon deshalb, weil man, um politisch aktiv zu werden, von normaler Erwerbstätigkeit freigestellt sein muss; freistellen lassen kann sich aber nur, wer Geld im Rücken hat. Daran ist etwas Richtiges, aber so einfach ist es natürlich trotzdem nicht. Entscheidend ist zunächst die Höhe des Vermögens. Die mittleren und kleinen Sparer sind – das zeigt ein kurzer Blick auf die Geschichte – nie eine besonders einflussreiche Gruppe gewesen, im Gegenteil waren es gerade sie, die oft genug, wie z.B. 1923 oder 1945 in Deutschland, oder nach großen Börsenkrähen zu Opfern der Politik wurden. Außerdem ist zu berücksichtigen, dass, wer über Finanz-

vermögen verfügt, nicht automatisch auch Geldinteressen vertritt. In einzelnen Fällen kann, wie die Beispiele von Felix Weil und Jan Phillip Reemtsma zeigen, sogar die Entwicklung linker sozialwissenschaftlicher Theorie finanziert werden. Geldvermögen verkörpert ein universelles Machtpotential; Geld ist, wie Georg Simmel (1989) gezeigt hat, das „allgemeine Mittel“. Es enthält ein Potential nicht nur für wirtschaftliche, sondern auch für politische und gesellschaftliche Macht. Aber dieses Potential ist in seiner Rohform amorph. Es muss, wie alle Machtquellen, organisiert und koordiniert werden, um es wirklich zum Tragen zu bringen.

Unter diesem Gesichtspunkt war es noch in der Mitte des 20. Jahrhunderts um die Macht der Rentiers schlecht bestellt. In den großen Unternehmen hatten sie wegen der Zersplitterung des Aktienbesitzes nichts zu sagen; es war das Zeitalter der Herrschaft der Manager. Auch auf die von den großen Banken und Konzernen dominierte Politik hatten sie kaum Einfluss. Aber es zeichnete sich schon damals, jedenfalls in den USA, eine wichtige Neuerung ab, nämlich das Auftauchen der sog. institutionellen Investoren: Investment-, Hedge- und Pensionsfonds. Die Bezeichnung „institutionelle Investoren“ für diese Firmen ist insofern sehr missverständlich, als es sich nicht Unternehmen handelt, die wirklich Arbeitskräfte und Maschinen kaufen. Sie betreiben vielmehr Finanzgeschäfte. Im Unterschied zu Banken leben sie nicht vom Kreditgeschäft, sondern sammeln das Kapital ihrer Kunden, der privaten Kapitalanleger, verwalten und investieren es. Der Aufstieg der Fondsgesellschaften wurde entscheidend durch institutionelle Veränderungen des Weltwährungssystems begünstigt, insbesondere durch die Auflösung des Systems fixer Währungsparitäten im Jahre 1973, und die nachfolgende Liberalisierung der Kapital- und Finanzmärkte auch in Europa durch den Maastricht-Vertrag. Das brachte eine enorme Erweiterung der Anlagemöglichkeiten für die Fonds. Es entstand ein weltweiter „Markt für Unternehmenskontrolle“ (Windolf 1994) und darüber hinaus ein unüberschaubar gewordener Markt für Derivate und andere „sekundäre“ Finanzprodukte mit spekulativem Charakter. Auf die-

sen Märkten konnten die Banken und Fondsgesellschaften sich bewegen wie Fische im Wasser, besser gesagt: wie Hechte im Karpfenteich, denn mit dem Wegfall der nationalstaatlichen Regulierungen des Kapitalverkehrs haben nicht nur die Anlageoptionen, sondern die Gelegenheiten für Betrug und Korruption stark zugenommen (Windolf 2005, Blomert 2005).

Es besteht kein Anlass, die Fonds zu dämonisieren: Sie bezeichnen sich als Dienstleister, die nur die Aufträge ihrer Kunden ausführen, und das ist trotz der massiven Eigeninteressen der Fondsmanager und Analysten, die natürlich immer im Spiel sind, keineswegs falsch. Aber gerade dort, wo die Fonds ihre Dienstleisterfunktion wirksam ausfüllen, stellen sie einen mächtigen Hebel für die Durchsetzung der Rentierinteressen dar. Die Fonds konkurrieren um die Gunst ihrer Kunden und müssen daher möglichst hohe Renditen nicht nur versprechen, sondern in denen von ihnen kontrollierten Firmen auch durchsetzen. Unabhängig von den beträchtlichen Provisionen und Honoraren, die sie für sich selbst abzweigen, bringen die Fondsgesellschaften die Interessen ihrer Kunden, der Vermögensrentner, gegenüber dem Unternehmensmanagement und der Politik in organisierter Form zur Geltung. Mit den Fonds gelangen die Eigentümer an die Macht, und die Fondsmanager wissen das auch und treten entsprechend auf.

Welchen Einfluss haben die Fonds auf die Politik? Der Einfluss ist vielfältig, direkt und indirekt. Allein aufgrund des schieren Volumens der von ihnen kontrollierten Vermögen – ihr Wert überschreitet in vielen Ländern den des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (OECD 2005) – schaffen die Fonds mit ihren Anlageentscheidungen Fakten, die keine Regierung ignorieren kann. Diese Auswirkungen erstrecken sich auf die Geldpolitik, die Steuerpolitik, die Finanzpolitik. Durch die Abwanderungsdrohung ist es den Fondsgesellschaften speziell in Europa und nach den EU-Erweiterungen gelungen, einen Wettlauf der Nationalstaaten um die Senkung von Steuern und Sozialabgaben auszulösen; im gesamten OECD-Bereich zeigen die Unternehmenssteuersätze schon seit 20 Jahren einen sinkenden Trend (Ganßmann 2004). Die Folge sind chronische Engpässe der staatlichen Finanzen und eine Tendenz zur Privatisierung

und „Ökonomisierung“ der öffentlichen Dienstleistungen von der Bildung bis hin zum Gesundheitswesen (Schimank/Volkman 2008). Die Fonds bringen das Kapital dorthin, wo die höchste und sicherste Rendite winkt, und das heißt keineswegs notwendig in diejenigen Unternehmen und Staaten, in denen am „effizientesten“ gearbeitet wird. Das Kapital fließt in jene Unternehmen und Staaten, die es schlicht am billigsten machen, die im Wettlauf um die Senkung der Löhne, Steuern, Sozialabgaben die Nase vorn haben. Der Einfluss der Fonds wirkt sich auch auf der Ebene der Unternehmen und damit der Arbeitsplätze aus. Die durch die Fonds kontrollierten Unternehmen müssen die vereinbarten Renditeziele erfüllen, andernfalls werden sie verkauft oder geschlossen. Gewinne sind nicht länger nur „Residualeinkommen“, wie es früher in den Lehrbüchern der Betriebswirtschaftslehre hieß, sie werden zunehmend zu einer neuen Art von Kontrakteinkommen in Form von Zielvereinbarungen zwischen den Eigentümern und dem Management. Die Löhne und Gehälter dagegen sind nicht länger „Kontrakteinkommen“, tarifliche und arbeitsvertragliche Regelungen verlieren ihre Verbindlichkeit. Die Beschäftigten bekommen nur noch, was übrig bleibt, nachdem die Anteilseigner ihre Ansprüche befriedigt haben.

Neben diesen Auswirkungen gibt es auch einen direkten Einfluss der Fonds auf die Politik, nämlich über eine Armada von Beratern, Lobbyisten und Professoren, die nicht selten direkt bei den Fonds unter Vertrag stehen. Ihre Aufgabe besteht darin, den Fonds politischen Flankenschutz zu gewähren, indem neoliberale Eingriffe wie Steuersenkungen, Sozialabbau etc. als richtig, unvermeidlich und wirtschaftlich vernünftig hingestellt werden. Die Berater – ich zitiere aus einem Buch des Wirtschaftsjournalisten Werner Rügemer – „beeinflussen die Politik und Verwaltung nicht nur, sondern sie wollen und sollen dem Staat die Kompetenz erschließen, die dieser selbst tatsächlich oder angeblich nicht hat und vor allem auch bekommen soll: Wirtschaftskompetenz. Diese Berater wollen und sollen den Staat und die Sozialsysteme nach privatwirtschaftlicher Logik grundsätzlich und nachhaltig umstrukturieren“ (Rügemer 2004, S. 8).

Gefährdet die Macht der Fonds die politische Demokratie? Dazu möchte ich zunächst zwei konträre Thesen formulieren:

Die erste These lautet: Ja, die Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte und der dadurch ermöglichte Aufstieg global operierender institutioneller Investoren bedroht das System der parlamentarischen Demokratie. In einer parlamentarischen Demokratie gilt das Prinzip *one man, one vote*, d.h. jede erwachsene wahlberechtigte Person hat eine Stimme und zwar unabhängig von ihrer Steuerkraft und ihrem Vermögensbesitz. Welche Parteien an die Regierung gelangen, hängt von der Mehrheit der Wahlstimmen ab. Um an der Macht zu bleiben, müssen Regierungen den Interessen ihrer Wähler Rechnung tragen. Da die nicht vermögenden Bevölkerungsschichten normalerweise in der Mehrheit sind, müssen demokratisch gewählte Regierungen Zugeständnisse an diese Bevölkerungsschichten in Form von sozialpolitischen Programmen und steuerlichen Umverteilungsmaßnahmen machen. Die rechtsstaatliche Demokratie selbst setzt, wie T.H. Marshall in seiner berühmten Vorlesung „Citizenship and Social Class“ gezeigt hatte, die Durchsetzung nicht nur persönlicher und politischer, sondern auch sozialer Bürgerrechte voraus, d.h. ein Minimum an individueller sozialer Sicherung, das nur durch den Staat bereitgestellt werden kann. Denn wer in seiner materiellen Existenz allein von den Launen des Marktes abhängt, kann auch seine politischen und persönlichen Rechte nicht wirklich wahrnehmen. Der von dem demokratischen Wahlrecht, von Massenparteien und Gewerkschaften ausgehende sozialpolitische Umverteilungsdruck versetzt die Regierungen aber in fiskalpolitische Zielkonflikte, die unter den Bedingungen liberalisierter internationaler Kapitalmärkte unlösbar erscheinen. Barry Eichengreen hat in seinem Überblick über die Geschichte des internationalen Währungssystems (Eichengreen 1996) auf den Konflikt zwischen Demokratie und liberalen Kapitalmärkten hingewiesen. Der freie internationale Kapitalmarkt unter dem Regime des Goldstandards, wie er bis 1914 herrschte, war, wie er argumentiert, nur möglich aufgrund des Klassenwahlrechts und der undemokratischen politi-

schen Strukturen, die die Regierungen gegen den Druck der sozialpolitischen Interessen der Bevölkerung abschirmte und eine Geldpolitik ermöglichte, die allein auf die Stabilität der Währung ausgerichtet war. Umgekehrt war die Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts, der Aufstieg der Gewerkschaften und Massenparteien, die Durchsetzung des Wohlfahrtsstaates nach 1918 nur möglich durch Begrenzungen des freien internationalen Kapitalverkehrs, die schließlich in dem Abkommen von Bretton Woods im Jahr 1944 festgeschrieben wurden. Diese Kapitalverkehrskontrollen boten den Regierungen den notwendigen außenwirtschaftlichen „Flankenschutz“, um wohlfahrtsstaatliche Programme im Innern ohne Gefahr von Kapitalabflüssen und Währungszusammenbrüchen verfolgen zu können. Mit dem Ende des Systems von Bretton Woods, mit der Liberalisierung der Kapitalmärkte und der Flexibilisierung der Wechselkurse wurden die vor 1914 herrschenden Verhältnisse, wie Eichengreen argumentiert, in gewisser Weise wiederhergestellt. Die fiskalischen Zielkonflikte zwischen binnenwirtschaftlicher Sozial- und Beschäftigungspolitik einerseits, außenwirtschaftlicher Stabilisierung der Währung andererseits haben sich entsprechend verschärft. Sie konnten, wie schon erwähnt, kaum anders gelöst werden als im Sinne einer Priorität des Stabilitätsziels, mit der Folge einer immer weiter gehenden Demontage des Wohlfahrtsstaates. Die vermögenslosen ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung, die auf den Sozialstaat am meisten angewiesen sind, müssen dieser Demontage ohnmächtig zusehen, und das heißt: sie sind im politischen System faktisch nicht mehr repräsentiert. Damit aber leben wir – so lautet die zugespitzte These – nicht mehr länger in einer Demokratie, sondern in einer Plutokratie.

Die gegenteilige zweite These lautet: Nein, die Liberalisierung der Kapitalmärkte und die Macht der Fonds führen nicht, zumindest nicht notwendig zu einer Gefährdung der Demokratie. Zunächst hat Demokratie ja noch nie die 1:1-Umsetzung des Wählerwillens in das politische System bedeutet. Parlamentarische Demokratie ist vielmehr immer: repräsentative Demokratie. Die Bevölkerung übt die Macht nicht direkt aus, sondern hat nur die Wahl, durch welche Parteien

und Interessengruppen sie sich vertreten lassen will, und das bedeutet immer auch eine gewisse Ungleichheit in der Repräsentation der Interessen der verschiedenen Bevölkerungsschichten selbst. Was immer man über den seit den 1970er Jahren sich entwickelnden Finanzmarktkapitalismus sagen mag: Was er erreicht hat, ist ja, dass der Besitz von Finanzvermögen trotz der unverändert exzessiven Ungleichheit der Vermögensverteilung zu einem Massenphänomen geworden ist. In Deutschland gibt es heute, wie gesagt, rund 10,5 Millionen Besitzer von Aktien, Fondsanteilen und anderen Wertpapieren, also erheblich mehr als die nur noch rund 7 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Es ist zu einer breiten Verteilung der Finanzvermögen weit in die politisch und parteipolitisch meinungsführenden Mittelschichten (von schwarz-rot bis grün-gelb) hinein gekommen. Das ermöglicht es, diese Schichten in das politische System einzubinden, obwohl oder gerade weil der Staat sich aus einem Wohlfahrtsstaat in einen Wettbewerbsstaat verwandelt hat. Die faktische Exklusion von 50 Prozent der Bevölkerung mag bedauerlich sein. Aber angesichts der wirtschaftsstrukturell bedingten Schrumpfung der Arbeiterschichten und des entsprechenden Machtverlustes der Gewerkschaften, auch angesichts der mit dem Vordringen der Dienstleistungsgesellschaft verknüpften individualistischen Mentalitäten fällt diese Exklusion politisch immer weniger ins Gewicht. Das einzige Problem, das man unter Kontrolle halten muss, ist das der Entstehung von Unterklassen und Parallelgesellschaften, die nicht nur aus dem politischen System, sondern der institutionellen Ordnung der Gesellschaft überhaupt weitgehend ausgeschlossen sind und daher zu unkalkulierbaren Reaktionen neigen. Der Exklusion der ärmeren 50 Prozent der Bevölkerung steht aber die Inklusion der anderen 50 Prozent gegenüber. Zumindest solange die Unterklassen nicht zu groß werden und die Ausgeschlossenen ruhig bleiben – dies wäre die hier bewusst zugespitzt und zynisch formulierte These – kann so ein Arrangement durchaus funktionieren, und ein Ende der Demokratie ist insoweit nicht zu erwarten. Zusammengefasst könne man von einem Modell der Vermögensrentier-Demokratie sprechen.

Welche These ist richtig, die der Plutokratie oder der Vermögensrentier-Demokratie? Man macht bei der Diskussion gesellschaftlicher Probleme immer wieder die Erfahrung, dass die zynischen, harten und illusionslosen Einschätzungen sich oft als die richtigeren erweisen. Trifft das auch in unserem Fall zu, ist die zweite These, die ja zweifellos als die zynischere und illusionslosere erscheint, auch die realistischere? Ich glaube, nein, und zwar nicht in erster Linie deshalb, weil ich das der zweiten Position zugrunde liegende Demokratieverständnis für problematisch halte. So kann man argumentieren, aber um diese normativen Gesichtspunkte geht es mir hier nicht. Ich glaube, dass man die zweite Position vor allem deshalb kritisieren muss, weil ihr eine Selbsttäuschung, ein selbstwidersprüchliches gesellschaftspolitisches und ökonomisches Kalkül zugrunde liegt.

Wie realistisch ist das Modell der Vermögensrentier-Demokratie? Der Erfolg dieses Modells würde vor allem eines voraussetzen: einen dynamischen und expandierenden Kapitalismus, der hohe Unternehmensgewinne erwirtschaftet, aus denen dann auch die erforderlichen umfangreichen Zinsen- und Dividendenzahlungen bestritten werden können. Es mangelt auch nicht an Beteuerungen von orthodox-wirtschaftswissenschaftlicher Seite, dass die Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte und der Abbau des Wohlfahrtsstaates tatsächlich diese das wirtschaftliche Wachstum fördernden Wirkungen haben würden. Genau dies scheint mir in hohem Maße problematisch zu sein. Ob und welche Zusammenhänge es zwischen dem Wirtschaftswachstum und der Liberalisierung der Kapitalmärkte gibt, ist empirisch erstaunlicherweise noch kaum geklärt. Eichengreen, den ich schon erwähnt habe, hat vor zwei Jahren eine erste Untersuchung dazu veröffentlicht, die recht komplexe Befunde erbracht hat, die ich hier nicht im Einzelnen referieren kann. Der in den neoklassischen Modellen unterstellte positive Zusammenhang wird jedenfalls keineswegs bestätigt (Eichengreen 2004). Ich selbst bin kein Ökonom und plädiere dafür, das Problem nicht nur ökonomisch, sondern auch soziologisch zu analysieren. Wirtschaftliches Wachstum ist ein Phänomen, das zu wichtig ist, um seine Unter-

suchung allein den Ökonomen zu überlassen. Aus soziologischer Sicht aber – ich habe das an anderer Stelle genauer zu zeigen versucht (Deutschmann 2008a: 151 f.) – spricht vieles für eine eher depressive Wirkung freier Kapitalmärkte auf das wirtschaftliche Wachstum. Ich kann diese These hier nicht genauer begründen, sondern beschränke mich auf einige knappe Anmerkungen:

Die Selbstwidersprüchlichkeit, der Realitätsverlust in der Haltung der mittelständischen Vermögensrentner, von dem ich gesprochen habe, kommt in nichts deutlicher zum Ausdruck, als in der hier weit verbreiteten Vorstellung, man habe so etwas wie ein „Naturrecht“ auf Rendite. Stellen sich, wie nach dem Börsenkrach 2001/2002 oder in der aktuellen Finanzkrise, Verluste statt Gewinne ein, so fühlt man sich betrogen und möchte seine Ansprüche vor Gericht durchsetzen. Woher der Gewinn eigentlich kommt, darüber macht man sich keine genaueren Gedanken. Er scheint aus dem Portfolio zu fließen wie der Strom aus der Steckdose. Demgegenüber ist an eine einfache Wahrheit zu erinnern: Vermögen sind Kontrakte zwischen Gläubigern und Schuldern. Vermögentitel sind immer nur genau so viel wert, wie sich Schuldner finden, die bereit sind, die Titel zu kaufen, mit Zins und Zinseszins abzuarbeiten und einzulösen. Ein funktionierender Kapitalismus setzt nur ein halbwegs funktionierendes Gleichgewicht an den Gütermärkten voraus. Das grundlegendere Problem ist vielmehr das Gleichgewicht an den Vermögensmärkten, d.h. die Abstimmung der Interessen von Gläubigern und Schuldern. In einer Wirtschaft, in der das Volumen der Finanzvermögen fortlaufend stärker wächst als das Sozialprodukt, müssten auch entsprechend mehr Schuldner gefunden werden, die bereit sind, das aufgenommene Kapital zu investieren, durch eigene und fremde Arbeit (Lohnarbeit) wieder hereinzuholen, und nicht nur hereinzuholen, sondern mit Zins und Zinseszins zu verwerten.

Unter bestimmten sozialstrukturellen Voraussetzungen kann ein solcher überproportionaler, aber gleichgewichtiger Zuwachs von Vermögen und Schulden durchaus gelingen: Wenn die Bevölkerung wächst, wenn es eine große Zahl von jungen, aber zugleich armen Menschen gibt, die

nach unternehmerischem Erfolg streben und sozial nach oben kommen wollen, wenn es eine ständisch oder ethnisch nicht blockierte Klassenstruktur gibt, die den individuellen Aufstieg nicht nur motiviert, sondern in einer hinreichenden Zahl von Fällen auch ermöglicht. Solche Bedingungen mögen heute in Indien gegeben sein, auch – noch – in China. In den entwickelten Industrieländern Europas, Nordamerikas und in Japan jedenfalls sind sie nicht mehr gegeben. Hier wächst die Bevölkerung nicht mehr, sondern schrumpft, hier nimmt der wirtschaftlich aktive Teil der Bevölkerung infolge der Alterung ab, hier gibt es schon viele Menschen, denen, auch dank des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates, der soziale Aufstieg mindestens ein Stück weit gelungen ist, und die daher nicht mehr um jeden Preis weiter nach oben kommen wollen. Und für diejenigen, die unten geblieben sind, wird der Aufstieg immer schwerer – so schwer, dass zunehmend von einer sozialen „Exklusion“ der unteren Schichten gesprochen wird (Blossfeld 2006, Bude 2008). Mit anderen Worten: hier haben sich eben jene mittelständischen Vermögensrentner-Schichten gebildet, von denen ich spreche. Gefährlich für den Kapitalismus wird, wie man daran erkennen kann, gerade sein eigener Erfolg, die mindestens teilweise Einlösung des Versprechens auf Wohlstand und sozialen Aufstieg, mit dem man die Leistungsbereitschaft der Arbeiterschichten mobilisiert hatte. Es droht dann nämlich eine Gleichgewichtsstörung an den Vermögensmärkten derart, daß es einerseits immer mehr Gläubiger mit Ansprüchen auf Zinsen und Renditen gibt, andererseits aber immer weniger Schuldner, die bereit und in der Lage sind, diese Ansprüche auch einzulösen. Das Buddenbrooks-Syndrom wiederholt sich gleichsam auf kollektiver Ebene (Deutschmann 2008b). Das Wachstum der Wirtschaft ist eben nicht bloß eine Funktion der „Produktivität“, wie die ebenso abstrakte wie nichtssagende Formel der Ökonomen lautet. Es hängt vielmehr von der Fähigkeit einer Gesellschaft ab, unternehmerische Individuen hervorzubringen. Diese Fähigkeit nimmt in einer alternden Wohlstandsgesellschaft, in der sich breite und sozialökonomisch relativ saturierte Mittelschichten gebildet haben, tendenziell ab und kann auch durch noch

so forcierte ideologische Rhetorik nicht herbeigeredet werden. Die Folge ist ein depressiver Druck auf die wirtschaftliche Entwicklung. Die Wirtschaft wächst nicht mehr, sondern verandelt sich in ein Nullsummenspiel, bei dem Gewinne nicht mehr durch Innovation und Wachstum, sondern nur noch durch Umverteilung von unten nach oben erzielt werden.

Aber auch unabhängig von dem kollektiven Buddenbrooks-Effekt ist die Vorstellung von einem langfristig überproportionalen Wachstum von Vermögen und der komplementären Schulden prinzipiell unrealistisch. Keine Gesellschaft und erst recht keine alternde Wohlstandsgesellschaft kann uferlos immer mehr Unternehmertum, Innovation und schöpferische Zerstörung betreiben, nur um die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen. Gesellschaften müssen zunächst einmal ihre Reproduktion sichern, und daran hapert es heute, wenn immer mehr in die öffentliche Infrastruktur eingeschnitten wird und die Menschen es sich nicht einmal mehr leisten können, Kinder zu bekommen.

Die Situation, mit der wir es in Europa und in den anderen fortgeschrittenen Industrieländern heute zu tun haben, lässt sich zugespitzt wie folgt charakterisieren: Auf der einen Seite gibt es zahlreiche Menschen, vielleicht die Mehrheit der Bevölkerung, die gern mehr Geld ausgeben würden, wenn sie es denn hätten, und auch gern dafür arbeiten würden, wenn es die Arbeitsplätze denn gäbe. Auf der anderen Seite verfügt die Minderheit der Vermögenden über so viel Geld, dass sie es gar nicht ausgeben kann; sie kann es nicht konsumieren, sie kann es aber mangels hinreichender profitabler Investitionsgelegenheit auch nicht investieren. Die Rede vom angeblichen „Kapitalmangel“ ist eine Legende. In Wahrheit herrscht ein chronischer Kapitalüberfluss, eine Überliquidität an den Finanzmärkten, die immer neue spekulative Blasen aus sich hervor treibt und einen depressiven Druck auf Löhne und Beschäftigung bewirkt. Es sind diese gesellschaftlichen Widersprüche, die in der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise zum Ausbruch gekommen sind, die Ursache der Krise liegt also nicht bloß im Fehlverhalten von Bankmanagern und Aufsichtsgremien.

Es ist dieser hier nur knapp dargestellte sozialökonomische Hintergrund, vor dem mir das oben erwähnte Modell der Vermögensrentier-Demokratie illusionär erscheint. Die Vorstellung einer dauerhaften politischen Einbindung der Mittelschichten durch breit gestreuten Vermögensbesitz, wie dieses Modell es propagiert, ist angesichts der depressiven Tendenz des Finanzmarktkapitalismus wenig realistisch. Ohne energische politische Gegenmaßnahmen, insbesondere durch eine angemessene und wirksame Besteuerung der Vermögenseinkommen und Kapitalmarktumsätze sowie international koordinierte Schritte zur Austrocknung der Steueroasen, ist mit einer weiter verschärften sozialen Polarisierung nicht nur auf der Ebene der Einkommensverteilung, sondern auch auf der der Vermögensverteilung zu rechnen. Die anstehende Erbschaftswelle wird diesen Effekt noch verstärken. Auch in den Mittelschichten macht sich schon seit längerer Zeit die Furcht vor dem sozialen Absturz breit. In Deutschland ist seit der Jahrtausendwende nicht länger ein Wachstum, sondern ein Schrumpfen der Mittelschichten festzustellen (Grabka/Frick 2008). Es gibt das Schlagwort von der „Generation Praktikum“ und die massenhafte Erfahrung von Arbeitslosigkeit und andauernden prekären Arbeitsverhältnissen bei Jüngeren gerade in qualifizierten Berufen. Es spricht vieles dafür, dass die die politische Demokratie heute noch tragende Vermögensrentier-Schicht schrumpfen wird. Damit aber bewegen wir uns von der Demokratie in Richtung einer offenen Plutokratie; früher nannte man das: Klassengesellschaft. Was das für die Zukunft der Demokratie bedeutet – diese Frage wird dann ganz neu diskutiert werden müssen.

Literatur:

- Birenheide, A./Fischer, M./Legnaro, A. (2005): Kapitalismus für alle. Aktien, Freiheit und Kontrolle, Münster.
- Blomert, R. (2005): Das Ende der „neuen Ökonomie“. Eine finanzsoziologische Untersuchung, in: Berliner Journal für Soziologie, Heft 2: 179-198.
- Blossfeld, H.P. (2006): Globalisierung, wachsende Unsicherheit und die Veränderung der Chancen der jungen Generation, in: Arbeit, Jg. 15, Heft 3: 151-166.
- Bude, H.(2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft, München.
- Deutschmann, C. (2008a): Kapitalistische Dynamik. Eine gesellschaftstheoretische Perspektive, Wiesbaden.
- Deutschmann, C. (2008b): Der kollektive „Buddenbrooks-Effekt“. Die Finanzmärkte und die Mittelschichten. Max Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln, MPIfG Working Paper 08/5.
- Eichengreen, B.J. (1996): Globalizing capital: a history of the international monetary system, Princeton N.J.
- Eichengreen, B.J. (2004): Capital flows and crises, MIT paper-back ed., Cambridge/Mass.
- Ganßmann, H. (2004): 30 Jahre Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik – ein deutscher Sonderweg. In: Leviathan 32, S. 164-184.
- Geißler, R. (2006): Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden, 4. Aufl.
- Grabka, M./Frick, J. (2008): Schrumpfende Mittelschicht: Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? DIW-Wochenberichte 10/2008, Berlin: 101-108.
- OECD (2005): OECD, Statistics Portal, Institutional Investors Statistics, unter: www.oecd.org/
- Rügemer, W. Hg. (2004): Die Berater. Ihr Wirken in Staat und Gesellschaft, Bielefeld.
- Sassen, S. (2005): The Embeddedness of Electronic Markets: The Case of Global Capital Markets, in: Knorr-Cetina, K./Preda, A. (eds.): The Sociology of Financial Markets, Oxford: 17-37.
- Schimank, U., Volkmann, U. (2008): Die Ökonomisierung der Gesellschaft. In: Andrea Maurer (Hg.): Handbuch der Wirtschaftssoziologie, Wiesbaden: 382-393.
- Simmel, G. (1989): Philosophie des Geldes, Gesamtausgabe/Simmel, hsg. v. O. Rammstedt, Bd. 6, Frankfurt/M (Erstausgabe 1900).
- Stein, H. (2004): Anatomie der Vermögensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1983-1998, Berlin.
- Szydlik, M. (2004): Zukünftige Vermögen – wachsende Ungleichheit, in: ders. (Hg.): Generation und Ungleichheit, Wiesbaden: 243-264.
- Windolf, P. (1994): Die neuen Eigentümer. Eine Analyse des Marktes für Unternehmenskontrolle. In: Zeitschrift für Soziologie 23/2: 79-92.
- Windolf, P. (2005): Was ist Finanzmarkt-Kapitalismus? In: ders. (Hg.): Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Sonderheft 45 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Wiesbaden: 20-57.

„Die neoliberale Theoriebildung basiert auf einem totalen Erklärungsanspruch, den sie für die Ökonomie erhebt: Wirtschaftliche Annahmen werden auf traditionell außerökonomische Bereiche übertragen. Diesem ‚ökonomischen Imperialismus‘ (Gary Becker) liegt die Behauptung zugrunde, dass alle politischen bzw. staatlichen Interventionen und Handlungsweisen die Marktfreiheit und somit die Wachstumsdynamik der Wirtschaft lähmen. Andere (außerökonomische) Werte und Prinzipien – etwa ethische – gelten als Privatsache. Demokratie wird dementsprechend nicht an Werten gemessen, sondern als Marktmodell konstruiert.“

Dr. Bettina Lösch, Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Christoph Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden 2007, S. 224